

Interpellation Federer-St.Gallen vom 24. September 2001  
(Wortlaut anschliessend)

## **Ausbildung des Pflegepersonals**

Schriftliche Antwort der Regierung vom 6. November 2001

Cécile Federer-St.Gallen fragt die Regierung in einer Interpellation an, ob sie bereit sei, eine Ausbildungsinitiative im Pflegebereich in die Wege zu leiten.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die von der Interpellantin angesprochene Thematik wurde im Bericht der Regierung vom 20. März 2001 «Pflegequalität an den st.gallischen Spitälern» (40.01.01) behandelt und die vorgesehene Umsetzung in einem Massnahmenkatalog festgehalten. Darin werden konkrete Vorschläge unterbreitet, die darauf abzielen, in einem sich rasch wandelnden Umfeld weiterhin kantonsweit eine gute Pflegequalität zu garantieren. Als wichtige Voraussetzungen sollen Arbeitsbedingungen, Motivation sowie Fachkenntnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefördert werden. Der Grosse Rat hat in der Septembersession 2001 vom Bericht Kenntnis genommen.

In der Projektorganisation ZUBS, die das Gesundheitsdepartement im letzten Jahr zur Umsetzung der zukünftigen Bildungssystematik für die Berufe des Gesundheitswesens eingesetzt hat, wurde ein Marketingkonzept erarbeitet. Es basiert auf einer umfassenden Marktanalyse für die Pflegeberufe im Kanton St.Gallen und beinhaltet u.a. ein Konzept für eine Imagekampagne. Ganz besonders sollen die dreizehn- bis vierzehnjährigen Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I sowie deren Eltern angesprochen werden. Das Thema «Imagewerbung für die Berufe im Gesundheitswesen und Nachwuchsförderung» wird aber auch auf gesamtschweizerischer Ebene durch die Schweizerische Sanitätsdirektorenkonferenz (SDK) angegangen. Die SDK bereitet in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) auf das Frühjahr 2002 eine breit angelegte Imagekampagne vor. Es geht hier insbesondere darum, auch künftig mit einer ausreichenden Zahl von Berufsangehörigen eine hochstehende Pflege sicherzustellen. Weitere Zielsetzungen sind die Beibehaltung der heutigen Schülerzahlen an den Berufsschulen des Gesundheitswesens sowie eine längere Verweildauer im Beruf. Der Bund stellt über den Lehrstellenbeschluss 2 die finanziellen Mittel in der Grössenordnung von einer Million Franken zur Verfügung. Der Kanton St.Gallen wird sich an dieser Aktion beteiligen und zusätzlich die eigenen Werbestrategien weiterverfolgen. Dazu stehen in diesem Jahr Fr. 50'000.– zur Verfügung, für das Jahr 2002 ist der gleiche Betrag budgetiert. Ausserdem beteiligt sich der Kanton St.Gallen regelmässig an der Ostschweizerischen Bildungsausstellung in St.Gallen (OBA) mit einem Informations- und Aktionsstand, der sämtlichen Berufen des Gesundheitswesens zum Mitwirken offen steht. Dafür werden jährlich Fr. 75'000.– aufgewendet. Zudem beteiligen sich die Berufsschulen des Gesundheitswesens und die Praxis an regionalen Gewerbeausstellungen und an Lehrstellenbörsen. Weitere Informationsgefässe bilden die vom Staat mit einem jährlichen Beitrag von Fr. 25'000.– mitfinanzierte Auskunftsstelle für Gesundheitsberufe am Kantonsspital St.Gallen sowie regelmässige Informationsbulletins, die über den Stand der Umsetzung der zukünftigen Bildungssystematik im Kanton St.Gallen informieren.

Für die Schülerinnen und Schüler der Schulen für Gesundheits- und Krankenpflege sowie der medizinisch-technischen Ausbildungen betragen die monatlichen Ansätze ab 1. Januar 2002: Fr. 1065.– im 1. Jahr, Fr. 1236.– im 2. Jahr, Fr. 1595.– im 3. Jahr und Fr. 1703.– im 4. Jahr. Zusätzlich werden Inkonvenienzzulagen gemäss den Bestimmungen der Verordnung über den Staatsdienst ausgerichtet. Die Ansätze bewegen sich in einem Gesamtrahmen, wie er durch die Ostschweizer Kantone Zürich, Glarus, Schaffhausen, Appenzell A.Rh., Appenzell I.Rh., St.Gallen, Graubünden und Thurgau in einer Vereinbarung festgelegt worden ist. Sofern die Gehälter des Pflegepersonals auf 1. Januar 2002 erhöht werden, erfahren diese Ansätze ebenfalls eine analoge Erhöhung. Die Besoldungen der Lernenden bewegen sich in der Deutschschweiz in einem vergleichbaren Rahmen. In der welschen Schweiz werden, bedingt durch den Studentenstatus, mehrheitlich keine Entschädigungen ausgerichtet. Bei der Überführung der Gesundheitsberufe an den Bund bzw. auf Kantonsebene an das Erziehungsdepartement werden die Schülerlöhne zu überprüfen und den Ansätzen der BBT-Berufe anzupassen sein.

Die im Postulatsbericht «Pflegequalität an den st.gallischen Spitälern» vorgestellten Massnahmen sehen u.a. eine gezielte Verbesserung von Rahmenbedingungen vor. Namentlich erwähnt wird in diesem Zusammenhang die Kinderbetreuung. Eine vom Gesundheitsdepartement eingesetzte Arbeitsgruppe befasst sich mit den damit zusammenhängenden Fragestellungen und bereitet Anträge vor.

Eine Erhebung über die Austrittsgründe der Lernenden während der Ausbildung zu einem Beruf des Gesundheitswesens zeigt folgendes Bild:

<b>Grund</b>	<b>1998</b>	<b>1999</b>	<b>2000</b>
gesundheitliche Gründe	5	1	2
Nichteignung	19	10	17
andere Gründe <sup>1</sup>	26	25	24
<b>Total</b>	<b>50</b>	<b>36</b>	<b>43</b>
Gesamt-Schülerzahl	747	847	879
<b>Austritte während der Ausbildung (in Prozent)</b>	<b>6.9</b>	<b>4.0</b>	<b>4.9</b>

Der st.gallische Durchschnitt der Austritte während der Ausbildung von rund fünf Prozent liegt im gesamtschweizerischen Mittel. Die Gesamtschülerzahl konnte in den Jahren 1998, 1999 und 2000 kontinuierlich erhöht werden; in den beiden letzten Jahren hat sie das geplante Soll erreicht. Damit sind die vorhandenen Ausbildungsplätze unserer Institutionen voll belegt. Im Kanton St.Gallen hat sich somit der in der übrigen Schweiz zu verzeichnende Rückgang von Schülerinnen und Schülern noch nicht oder nur sektoriell bemerkbar gemacht. Auch im laufenden Jahr sind die Klassen mit Ausnahme einer Schule voll belegt. Als Gründe dürfen neben der Qualität unserer Schulen das seit drei Jahren angewendete einheitliche Aufnahmeverfahren im letzten Oberstufenjahr angeführt werden. Das Aufnahmeverfahren ist verbunden mit einer verbindlichen Zusicherung des Ausbildungsplatzes und mit der Planung der Überbrückungszeit bis zum Ausbildungsbeginn. Leider zeichnen sich an einzelnen Schulen für das nächste Jahr Rekrutierungsschwierigkeiten ab.

Zusammenfassend ergibt sich aus diesen Darlegungen, dass keine eigentliche Ausbildungs-offensive in die Wege zu leiten ist. Bereits laufende Projekte, geplante Massnahmen wie auch die Umsetzung der zukünftigen Bildungssystematik zielen darauf ab, die Situation beim ausgebildeten diplomierten Pflegepersonal nachhaltig zu verbessern.

6. November 2001

<sup>1</sup> Andere Gründe: Heirat, Schwangerschaft, eigener Wunsch (Berufsfeld entspricht nicht dem Berufsbild; Motivation).

Wortlaut der Interpellation 51.01.58

### **Interpellation Federer-St.Gallen: «Pflege-Ausbildungs-Offensive**

Es ist nicht Neues oder Unbekanntes, dass sich die Situation im Bereich der ausgebildeten Pflegerinnen und Pfleger dramatisch verschärft hat. Der Kanton hat auch schon auf einigen Gebieten reagiert. Aus den Ausbildungsstätten ist zu erfahren, dass die Zahlen bei den Schülerinnen und Schülern sowie Interessentinnen und Interessenten massiv zurückgegangen sind und weiter zurückgehen. Dazu kommt, dass vor allem von den Frisch-Diplomierten viele in besser bezahlende Kantone abgeworben werden. Der Rückgriff auf unsere Nachbarländer wie Deutschland, Österreich, Holland etc. hilft auch nicht mehr so wie früher, bestehen doch dort inzwischen die gleichen Probleme.

Ich frage daher die Regierung an, ob sie, zur nachhaltigen Besserung der Situation beim ausgebildeten diplomierten Pflege-Personal, bereit ist, eine Ausbildungs-Offensive in die Wege zu leiten, die u.a. folgende Schritte umfasst:

- den Pflegeberuf mit breit angelegten Kampagnen propagieren und so den Nachwuchs fördern
- gute Bezahlung schon während der Ausbildung gewährleisten
- die familienergänzende Kinderbetreuung bezüglich Kapazität und Öffnungszeiten ausbauen
- eine Erhebung über die Austrittsgründe veranlassen

Ich danke der Regierung für ihre Stellungnahme.»

24. September 2001